

Beschluss: Regulatorik abbauen – Zugang zu alternativen Anlageklassen erleichtern

Wir Freie Demokraten wollen eine möglichst breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an den Gewinnen der globalen Kapitalmärkte gewährleisten. Durch den demographischen Wandel und die grassierende Inflation ist es essenziell für die private Altersvorsorge, Ersparnis nicht nur auf dem Konto zu belassen, sondern auch verantwortungsvoll an den Kapitalmärkten anzulegen.

Das Anlagespektrum für Privatanleger ist jedoch in den letzten zwanzig Jahren, relativ gesehen, kleiner geworden. Unternehmen warten heutzutage länger in ihrem Lebenszyklus mit einem Börsengang. Das bedeutet, dass Privatanleger weniger Zugang zum Finanzmarkt als Ganzes haben, da es in Deutschland und europaweit seit der Finanzkrise 2008 immer weniger börsennotierte Unternehmen gibt. Insbesondere ist der Zugang zu etablierten börsennotierten Unternehmen, welche sich noch in der Wachstumsphase befinden, kleiner geworden. Dieses im Portfolio von Privatanlegern unterrepräsentierte Spektrum wird zunehmend stärker ausgefüllt von semiprofessionellen und professionellen Anlegern. Diese fortgeschrittenen Anleger dürfen, anders als Privatanleger, auch in sog. Spezial-AIFs (Alternative Investmentfonds) investieren, wie zum Beispiel Venture Capital-, Growth Equity und Buyout Fonds, welche aktiv in den Privatmärkten, abseits der Börse, investieren.

Daher fordern wir Freie Demokraten eine neue Evaluierung des Begriffs des semiprofessionellen Investors nach § 1 Abs. 19 Nr. 33 KAGB in Bezug auf die Mindestanlagesumme. Die FDP wird ihre Regierungsverantwortung dazu nutzen, um auf Europäischer Ebene darauf hinzuwirken, die Anlagegrenze für semiprofessionelle Investoren in Spezial-AIFs auf €50.000 zu reduzieren. Bei dem Erbringen eines Kenntnissnachweises sollen hingegen ausdrücklich keine Verwässerungen der gegenwärtigen Regelung vorgenommen werden.